

**Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
der Gemeinde Friesenheim
vom 03.06.2024**

Der Gemeinderat der Gemeinde Friesenheim hat am 03.06.2024 aufgrund von § 4 in Verbindung mit § 19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg folgende Satzung beschlossen:

Die männliche Form wird zur textlichen Vereinfachung verwendet und bezieht die weibliche Form mit ein.

**§ 1
Entschädigung nach Durchschnittssätzen**

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstauffalls nach einheitlichen Durchschnittssätzen.
- (2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme

bis zu 3 Stunden	25,- €
von mehr als 3 bis zu 6 Stunden	43,- €
von mehr als 6 Stunden (Tageshöchstsatz)	55,- €
- (3) Für ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen von Wahlen wird für Bundestags- und Landtagswahlen in Anlehnung an die entsprechenden Bestimmungen des/der Bundeswahlgesetzes/-ordnung und Landtagswahlgesetzes/-ordnung eine Entschädigung von 40 €/Tag festgesetzt. Für ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen von Abstimmungen wird ebenfalls eine Entschädigung von 40 €/Tag festgesetzt.

Für Kommunalwahlen wird in Anlehnung an die entsprechenden Bestimmungen des/der Kommunalwahlgesetzes/-ordnung eine Entschädigung von 60 €/Tag festgesetzt. Den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung wird für den Wahldienst an Arbeitstagen anstelle der Entschädigung Arbeitszeit angerechnet.

Die genannten Beträge beinhalten evtl. entstehende Fahrt- und Verpflegungskosten.
- (4) Die Mitglieder des Jugendclubs erhalten bei Teilnahme an insgesamt 10 Sitzungen eine pauschale Entschädigung in Höhe von 150 €.

§ 2

Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme

- (1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme). Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als eine Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.
- (2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstvorrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.
- (3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach der Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.
- (4) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet den Tageshöchstsatz nach § 1 Abs. 2 nicht übersteigen.

§ 3

Aufwandsentschädigung

- (1) Gemeinderäte und Ortschaftsräte erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine Aufwandsentschädigung.

Diese wird gezahlt:

- bei Gemeinderäten

1. als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 90,- €;
die Aufwendungen für die Teilnahme an Fraktionssitzungen sind durch den o.g. Grundbetrag abgegolten.
2. als Sitzungsgeld für Sitzungen
bis zu 5 Stunden in Höhe von 40,- €
von mehr als 5 Stunden in Höhe von 50,- €

- bei Ortschaftsräten als Sitzungsgeld je Sitzung

in Höhe von 35,- €

-bei Gemeinderäten, die an Sitzungen des Ortschaftsrates in ihrem Ortsteil teilnehmen 35,- €

Die Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen erhalten als monatlichen Grundbetrag, den doppelten monatlichen Grundbetrag eines Gemeinderates nach Nr. 1.

Bei mehreren unmittelbar aufeinanderfolgenden Sitzungen desselben Gremiums wird nur ein Sitzungsgeld gezahlt.

- (2) Für die Mitglieder der Ausschüsse gilt Abs. 1 Nr. 2 entsprechend.

- (3) Für den Sachaufwand der Gemeinderatsfraktionen erhalten die Fraktionen einen Grundbetrag in Höhe von 400 €. Dieser Betrag erhöht sich um je 25 € pro Fraktionssitz. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.
- (4) Ehrenamtliche Ortsvorsteher erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine Aufwandsentschädigung.
Diese beträgt - abhängig von der Einwohnerzahl- in der

Stufe 1	40 %
Stufe 2	45 %
Stufe 3	50 %
Stufe 4	55 %
Stufe 5	60 %
Stufe 6	65 %

von 100 % des Höchstbetrages der - nach der jeweils gültigen Anlage zum Gesetz über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und der ehrenamtlichen Ortsvorsteher - für die Gemeindegrößengruppe 1.001-2.000 Einwohner maßgeblichen Aufwandsentschädigung eines ehrenamtlichen Bürgermeisters.

Den oben genannten Stufen sind folgende Einwohnerzahlen zugrunde gelegt:

Stufe 1	bis 1.500 EW
Stufe 2	1.501 bis 2.000 EW
Stufe 3	2.001 bis 2.500 EW
Stufe 4	2.501 bis 3.000 EW
Stufe 5	3.001 bis 3.500 EW
Stufe 6	mehr als 3.501 EW

- (5) Die ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters erhalten eine zusätzliche jährliche Aufwandsentschädigung.
Diese beträgt:

für den ersten Stellvertreter	1.500,- €
für den zweiten Stellvertreter	500,- €

- (6) Die ehrenamtlichen Stellvertreter der Ortsvorsteher erhalten eine zusätzliche jährliche Aufwandsentschädigung von je 350,- €.
- (7) Für eine länger andauernde, nicht vorhersehbare Vertretung des Bürgermeisters bzw. der Ortsvorsteher erhält ein ehrenamtlicher Stellvertreter neben der Aufwandsentschädigung nach § 3 bzw. § 5 eine Entschädigung nach § 1.
- (8) Die Grundbeträge der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 und die Aufwandsentschädigung nach Abs. 3 werden monatlich im Voraus bezahlt. Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als drei Monate tatsächlich nicht ausübt, für die über drei Monate hinausgehende Zeit. Das Sitzungsgeld nach Abs. 1 wird halbjährlich, die Entschädigung nach Abs. 4, 5 und 6 jährlich ausbezahlt.

§ 4

Erstattung von Aufwendungen für die Pflege oder Betreuung von Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit

- (1) Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von Kindern bis 14 Jahre oder pflegebedürftigen Angehörigen werden auf Antrag gesondert erstattet, wenn nachgewiesen wird, dass wegen der ehrenamtlichen Tätigkeit eine Aufsichts- oder Pflegekraft beschäftigt werden muss. Hierfür wird dem ehrenamtlich Tätigen der tatsächlich entstandene Aufwand, jedoch maximal die doppelten Stundensätze wie in § 1 Abs. 2 gewährt.
- (2) Wer Angehöriger ist, bestimmt sich in entsprechender Anwendung des § 20 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Baden-Württemberg.

§ 5

Reisekostenvergütung

Bei Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeindegebiets erhalten ehrenamtlich Tätige neben der Entschädigung nach den §§ 1 und 3 eine Reisekostenvergütung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes (LRKG). Für die Fahrkostenerstattung mit dem PKW ist § 5 LRKG maßgebend.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Gemeinde Friesenheim vom 24.09.2018 außer Kraft.

Friesenheim, den 03.06.2024

Erik Weide
Bürgermeister



Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Friesenheim geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.